

Große Anfrage

der Abgeordneten Braun, Seehofer, Schulze (Berlin), Dr. Daniels, Magin, Dr. Jobst, Dr. Kunz (Weiden), Biehle, Austermann, Kroll-Schlüter, Dr. Möller, Herkenrath, Dr. Schroeder (Freiburg), Dr. Blank, Milz, Müller (Wesseling), Eylmann, Pesch, Dörflinger, Dr. Hoffacker, Rode (Wietzen), Louven, Seesing, Schwarz, Dr. Riedl (München), Dr.-Ing. Kansy, Frau Roitzsch (Quickborn), Ruf, Landré, Weiskirch (Olpe), Hornung, Deres, Dr. Bugl, Weiß, Sauer (Stuttgart), Tillmann, Marschewski, Doss, Sauer (Salzgitter), Maaß, Regenspurger, Rossmanith, Clemens, Scheu, Hinsken, Dr. Olderog, Hanz (Dahlen), Jagoda, Linsmeier, Gerstein, Dr. Götz, Schmitz (Baesweiler), Frau Geiger, Dr. Hackel, Frau Männle, Hedrich, Dr. Hüscher, Echternach, Susset, Link (Diepholz), Pohlmann, Dr. Müller, Lenzer, Pfeffermann, Sauter (Epfendorf), Dr. Unland, Frau Verhülsdonk, Dr. Göhner, Roth (Gießen), Lintner, Dr. Faltlhauser, Dr. Hornhues, Dr. Rose, Höpfinger, Lowack, Keller, Bayha, Dr. Hirsch, Baum, Beckmann, Kleinert (Hannover), Hoffie, Bredehorn, Dr. Feldmann, Gattermann, Dr. Haussmann, Dr. Solms, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Lage der Städte, Gemeinden und Kreise

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen und verfassungsrechtlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die kommunale Selbstverwaltung

- sichert die Beteiligung der Bürger an der Erfüllung örtlicher Aufgaben,
- ermöglicht so eine problemnahe und bürgerfreundliche Lösung von Verwaltungsaufgaben,
- gewährleistet den Pluralismus auf verschiedenen horizontalen Ebenen und in vielen tausend kommunalen Verwaltungseinheiten.

Die Politik des Bundes ist für die Städte, Gemeinden und Kreise hinsichtlich ihrer Finanzausstattung und einer Vielzahl von kommunalen Aufgabenfeldern von hoher Bedeutung. Umgekehrt hängt die Verwirklichung vieler Ziele der Bundesregierung von der Funktionsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung ab.

Deshalb ist für den 10. Deutschen Bundestag eine Bestandsaufnahme der Lage der Städte, Gemeinden und Kreise dringend erforderlich. Außerdem soll die Bundesregierung darlegen, welche Ziele und Absichten sie in kommunalbedeutsamen Berei-

chen wie etwa im Wohnungs- und Städtebau, der Sozial- und Gesundheitspolitik, im Umweltschutz, der Verkehrspolitik und der Ausländerpolitik verfolgt. Ferner soll die Bundesregierung Aussagen darüber machen, welche Maßnahmen sie im Rahmen ihrer gesamtstaatlichen Mitverantwortung für die Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Kreise ergreifen wird.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

I. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

1. Durch welche Maßnahmen zur Rechtsvereinfachung und zur Entbürokratisierung will die Bundesregierung den Handlungsspielraum und die Gestaltungsmöglichkeiten der Städte, Gemeinden und Kreise stärken?
2. Ist die Bundesregierung zu diesem Zweck bereit, vorhandene kommunalwirksame Gesetze und Rechtsverordnungen zu ändern und bestehen hierfür bereits Vorhaben und Zeitvorstellungen?
3. Ist die Bundesregierung bereit, bei Gesetzentwürfen darauf zu achten und sicherzustellen, daß die Gemeinden einen möglichst hohen Entscheidungs- und Ermessensspielraum haben, um eine bürgernahe Gesetzesausführung zu ermöglichen?
4. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen zu einer Verbesserung des Gesetzgebungsverfahrens beigetragen hat und besteht die Absicht, dieses Anhörungsverfahren noch zu intensivieren?
5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Städte, Gemeinden und Kreise einen Anspruch auf gleichmäßige Berücksichtigung beim Ausbau der neuen Medientechnologien haben?

II. Kommunale Finanzen

6. Welche Auswirkungen hatten bzw. haben die Haushaltsbegleitgesetze einschließlich der steuerrechtlichen Maßnahmen seit 1981 auf die Haushalte der Städte, Gemeinden und Kreise und welche Rückwirkung ging davon auf die kommunale Investitionstätigkeit aus?
7. Wie hat sich die Investitionstätigkeit der Gemeinden von 1980 bis 1982 entwickelt, und welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich für das Jahr 1983 ab
 - a) insgesamt,
 - b) nach Bundesländern?
8. Welche besonderen Vorstellungen bestehen seitens der Bundesregierung, um speziell die gemeindliche Investitionskraft zu stärken?
9. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Bund bei der Haushaltspolitik und insbesondere bei der Konsolidie-

rungspolitik eine gesamtstaatliche Mitverantwortung auch für die Haushalte der Städte, Gemeinden und Kreise trägt?

10. Welche Gesetzesvorhaben zu kommunalbedeutsamen Aufgabengebieten plant die Bundesregierung in den Deutschen Bundestag einzubringen, und wie will sie sicherstellen, daß davon keine zusätzlichen mittelbaren und unmittelbaren Belastungen auf die Haushalte der Städte, Gemeinden und Kreise ausgehen?
11. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Maße durch die Veräußerung kommunalen Vermögens und einer damit einhergehenden Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt Defizite verhindert worden sind, und wie steht die Bundesregierung zu einer solchen finanzpolitischen Praxis?
12. Wie hat sich in den letzten zehn Jahren der Vomhundertsatz entwickelt, den die Städte, Gemeinden und Kreise von ihren Einnahmen für den Schuldendienst einsetzen müssen, und wie ist diese Entwicklung bezogen auf die Ausgaben verlaufen?
13. Hält die Bundesregierung die Fortführung der Gemeindefinanzreform von 1969 für erforderlich, und wird sie ggf. mit der Vorbereitung in dieser Legislaturperiode beginnen? Welche Schwerpunkte sollte insbesondere vor dem Hintergrund zwischenzeitlich gemachter Vorschläge eine solche Finanzreform haben?
14. Wie haben sich die Steueränderungen der letzten Jahre auf den Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen ausgewirkt?
15. Hat die Bundesregierung eine Übersicht darüber, in welchem Umfang Städte, Gemeinden und Kreise in den letzten zehn Jahren Privatisierungen bisher öffentlicher Aufgaben vorgenommen oder Privatisierungen zurückgenommen haben, welche Auswirkungen Privatisierungen auf die öffentlichen Haushalte hatten, und mit welcher weiteren Entwicklung rechnet die Bundesregierung?

III. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

16. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Vereinfachung und Weiterentwicklung des Baurechts?
17. Welche Ergebnisse hat das Sofortprogramm zur Stärkung der Baunachfrage im Wohnungs- und Städtebau gebracht?
18. Welche Lösungen hält die Bundesregierung zur Erhöhung des Baulandangebotes für sinnvoll und notwendig?
19. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Raumordnungspolitik?
20. Welche Lösungen hält die Bundesregierung zur Verstärkung kommunaler Bauinvestitionen für sinnvoll und notwendig? Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die Bildung kommunaler Investitionsfonds kommunale Investitionen er-

leichtert werden können, wobei zugleich auch eine breite Bevölkerungsschicht die Möglichkeit hätte, steuerbegünstigte Fondsanteile zu zeichnen?

21. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung künftig der Stadtanierung und der Dorfsanierung zu?

IV. Soziales/Gesundheit

22. Welche Aufgaben sollen nach Auffassung der Bundesregierung mittel- und langfristig von der Sozialhilfe erfüllt werden, und wie soll die Finanzierung sichergestellt werden?
23. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang Leistungsgesetze und Kürzungen auf Bundesebene neue Sozialhilfeansprüche begründet haben?
24. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Sozialhilfe im Bereich der ambulanten und stationären Pflege wie auch bei der in Einzelfällen unter der Sozialhilfe liegenden Arbeitslosenhilfe zu entlasten?
25. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Verhältnis der Verwaltungsaufwand der Städte, Gemeinden und Kreise bei der Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes zu den reinen Sozialhilfeausgaben steht, und ist die Bundesregierung bereit, durch wesentliche Vereinfachungen den Verwaltungsaufwand zu reduzieren?
26. Ist die Bundesregierung bereit, bei der Durchführung von Gesetzen und Plänen im sozialen Bereich, den Vorrang der freien Träger, der Kirchen und sozialen Verbände zu sichern?
27. In welchem Umfang haben sich die Städte, Gemeinden und Kreise in den Jahren 1972 bis 1982 an den Krankenhausinvestitionen beteiligt, und in welchem Umfang haben die Städte, Gemeinden und Kreise darüber hinaus laufende finanzielle Zuschüsse für den Krankenhausbereich geleistet?
28. Wie will die Bundesregierung bei der angestrebten Neuordnung der Krankenhausfinanzierung sicherstellen, daß die Städte, Gemeinden und Kreise in Zukunft entlastet werden?

V. Umweltschutz

29. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den Städten, Gemeinden und Kreisen bei der Erforschung und Erprobung neuer umweltfreundlicher Technologien für Ver- und Entsorgung zu helfen, insbesondere bei der Abwasserbeseitigung?
30. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Erfahrungsbericht zum Abwasserabgabengesetz?
31. In welchem Umfang wird der Hausmüll deponiert, verbrannt und verwertet?
32. Wie kann nach Vorstellung der Bundesregierung Hausmüll in Zukunft verstärkt einer wirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden?

33. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, umweltfreundliche Arten der Raumheizung zu fördern?
34. Erwägt die Bundesregierung, die von den Städten, Gemeinden und Kreisen zu vollziehenden Umweltschutzgesetze mit wirksameren Sanktionsmöglichkeiten gegen Umweltverschmutzer zu versehen, um den Vollzug des Umweltschutzes sicherzustellen?

VI. Verkehr

35. Wie wird die Bundesregierung die Schwerpunkte zwischen öffentlichem Personennahverkehr und privatem Verkehr in der Verteilung der finanziellen Mittel setzen?
36. Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, und wie sehen die finanzwirtschaftlichen Perspektiven des ÖPNV in Verdichtungsräumen und in ländlichen Gebieten aus? Welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus bereits erprobten Modellen im ÖPNV ziehen (z. B. Hohenlohe-Modell)?
37. Welche Prioritäten wird die Bundesregierung im Bundesfernstraßenbau setzen, und ist eine Überarbeitung des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau zu erwarten?
38. Welche Prioritäten wird die Bundesregierung beim Weiterbau der S-Bahnnetze im Bundesgebiet setzen, und zwar in zeitlicher und räumlicher Hinsicht?
39. Welche möglichen Auswirkungen hat das Sanierungskonzept für die Deutsche Bundesbahn auf den ÖPNV in den Verdichtungsräumen und in der Fläche?
40. Hat die Bundesregierung die Absicht, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz im Hinblick auf eine andere Gewichtung zwischen Straßenbaumaßnahmen und Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs zu ändern?
41. Welche Möglichkeiten bieten sich, zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung Verkehrsentscheidungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mehr in den Entscheidungsbereich der kommunalen Parlamente zu verlagern?
42. Wird die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode gesetzgeberische Maßnahmen im Bereich des Verkehrslärmschutzes anstreben?

VII. Ausländersituation

43. In welchem Umfang hat sich die Bundesregierung bisher an den Integrationslasten der Städte, Gemeinden und Kreise (Sozialhilfe, Schule, Wohnen etc.) beteiligt?
44. Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen – auch durch Hilfen in den Heimatländern der rückkehrwilligen Ausländer – zur Rückkehrförderung?
45. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten einer Änderung der für 1986 anstehenden Freizügigkeits-

regelung mit der Türkei, und wie ist der gegenwärtige Verhandlungsstand?

46. Wie haben sich die Maßnahmen gegen einen Mißbrauch des Asylrechtes ausgewirkt?
47. Welche regionalen Unterschiede ergeben sich hinsichtlich Herkunft und Aufnahme von Asylanten in der Bundesrepublik Deutschland, und besteht Übereinstimmung zwischen den Bundesländern über die anteilige Aufnahme von Asylanten?

Bonn, den 25. November 1983

Braun	Regenspurger	Dr. Hirsch
Seehofer	Rossmanith	Baum
Schulze (Berlin)	Clemens	Beckmann
Dr. Daniels	Scheu	Kleinert (Hannover)
Magin	Hinsken	Hoffie
Dr. Jobst	Dr. Olderog	Bredehorn
Dr. Kunz (Weiden)	Hanz (Dahlen)	Dr. Feldmann
Biehle	Jagoda	Gattermann
Austermann	Linsmeier	Dr. Haussmann
Kroll-Schlüter	Gerstein	Dr. Solms
Dr. Möller	Dr. Götz	Wolfgramm (Göttingen)
Herkenrath	Schmitz (Baesweiler)	Mischnick und Fraktion
Dr. Schroeder (Freiburg)	Frau Geiger	
Dr. Blank	Dr. Hackel	
Milz	Frau Männle	
Müller (Wesseling)	Hedrich	
Eylmann	Dr. Hüsch	
Pesch	Echternach	
Dörflinger	Susset	
Dr. Hoffacker	Link (Diepholz)	
Rode (Wietzen)	Pohlmann	
Louven	Dr. Müller	
Seesing	Lenzer	
Schwarz	Pfeffermann	
Dr. Riedl (München)	Sauter (Epfendorf)	
Dr.-Ing. Kansy	Dr. Unland	
Frau Roitzsch (Quickborn)	Frau Verhülsdonk	
Ruf	Dr. Göhner	
Landré	Roth (Gießen)	
Weiskirch (Olpe)	Lintner	
Hornung	Dr. Falthäuser	
Deres	Dr. Hornhues	
Dr. Bugl	Dr. Rose	
Weiß	Höpfinger	
Sauer (Stuttgart)	Lowack	
Tillmann	Keller	
Marschewski	Bayha	
Doss	Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion	
Sauer (Salzgitter)		
Maaß		

